

Pressemitteilung 22/2017

Halle (Saale), den 24. April 2017

Höhere Kapitalforderungen: Am Ende leiden die Unternehmen

61 europäische Banken sollten bis 2012 ihre Kapitaldecke erhöhen, um ausreichend Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Wie die Studie der Forschergruppe um Reint E. Gropp vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigt, setzten die Banken diese Forderung auch in die Tat um – allerdings nicht, indem sie sich frisches Kapital beschafften, sondern indem sie ihr Kreditangebot verringerten. Die Folge: geringeres Bilanz-, Investitions- und Umsatzwachstum von Unternehmen, die größere Kredite von diesen Banken hielten.

Der Kernkapitalquote der Banken muss steigen. So lautete das einhellige Credo von EU-Politikern und der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) nach der Finanzkrise. Um der Angst vor einem Aufflackern der Krise Herr zu werden, führte die EBA einen ersten Stresstest im Sommer 2011 und eine so genannte „EU capital exercise“ Ende desselben Jahres durch. Bei letzterem machte die Aufsichtsbehörde insgesamt 31 europäische Banken ausfindig, deren Kernkapitalquote noch deutlich zu niedrig war. Gefordert wurden 9% Kapitalbedarf bis 2012, um einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Was zunächst vollkommen unproblematisch und absolut notwendig klingt, könnte aber durchaus bedenklich sein. „So etwas gab es bislang noch nie“, so IWH-Präsident Gropp. „Welchen Einfluss eine starke Erhöhung der Kernkapitalquote auf die Realwirtschaft hat, war bisher weitgehend unklar.“

Banken haben grundsätzlich mehrere Optionen, um ihre Kernkapitalquote zu erhöhen: frisches Kapital aufnehmen oder ihr Kreditangebot reduzieren, das ja durch Eigenmittel abgesichert werden muss. Bedenklich für die Realwirtschaft könnte es zum Beispiel werden, wenn viele Banken gleichzeitig ihr Kreditangebot reduzieren und andere Teile des Finanzsystems nicht einspringen können.

Um ihr Risikokapital zu reduzieren, können Banken außerdem Kredite mit Staatsanleihen ersetzen, die nach wie vor bevorzugt behandelt werden und ein Risikogewicht von null haben. Banken müssen für Staatsanleihen der Länder der Eurozone also in der Regel kein Eigenkapital vorhalten. Dabei bleibt aber fraglich, ob dadurch nicht nur die Versorgung mit Krediten ein Problem wird, sondern auch, ob neue Stabilitätsrisiken im Finanzwesen entstehen.

Die Forschergruppe um Reint E. Gropp nutzte die Erhöhung der Tier-1-Kapitalquote durch die EBA nun, um zu untersuchen, wie Banken diese Auflagen erfüllen und welchen Einfluss das entsprechende Verhalten der Banken auf die Realwirtschaft

Sperrfrist:
24. April 2017, 14:00 Uhr

Pressekontakt
Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Reint E. Gropp
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Wissenschaftliche Schlagwörter
Finanzmärkte, Banking, Regulierung, Europäische Bankenaufsicht (EBA)

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

hat. Sie konnten zeigen, dass EBA-Banken ihre Kernkapitalquote um 1,9 Prozentpunkte stärker erhöhten als die Vergleichsgruppe. Dies erreichten sie aber nicht, indem sie frisches Kapital beschafften, sondern vor allem, indem sie das Kreditvolumen um 16% reduzierten.

Doch welche Konsequenz hatte das schlussendlich für die Unternehmen, die auf größere Kredite von EBA-Banken angewiesen waren? „Fünf Prozentpunkte weniger Bilanzwachstum, sechs Prozentpunkte weniger Wachstum der Investitionen und fünf Prozentpunkte weniger Umsatzanstieg“, so Gropp. „Wenn die Politik eine höhere Kapitaldecke der Banken fordert, es ihnen aber selbst überlässt, wie sie dieses Ziel erreichen, dann kann das eindeutige negative Effekte auf die Realwirtschaft haben. Besser wäre es also, nicht die Kernkapitalquote als Ziel zu setzen, sondern die Höhe des Eigenkapitals selbst.“

Veröffentlichung



Gropp, Reint; Mosk, T.; Ongena, S.; Wix, C.: Bank Response to Higher Capital Requirements: Evidence from a quasi-natural Experiment, in: [IWH Discussion Papers, 33/2016](#).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf [Twitter](#)
 Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.